

Anwesend:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

1. Bürgermeister Fritz Langen

2. Bürgermeister Werner Biehl

Mitglied SPD-Fraktion

Beigeordneter Wilfrid Adam

Ratsmitglied Ursula Aljets

Ratsmitglied Holger Barkowsky

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Hans Gabriels

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Hans Hartmann

Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke

Ratsmitglied Kurt Lorentz

Beigeordneter Siegfried Neumann

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsvorsitzender Norbert Schmidt

Ratsmitglied Margit Stoermer

Ratsmitglied Hermann Stolle

Ratsmitglied Angelika Thwin

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester

Ratsmitglied August Desenz

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Stephan Hellwig

Ratsmitglied Marita Hirsch

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Philipp Panzer

Ratsmitglied Bernhard Rech

Beigeordneter Günter Reuter

Beigeordneter Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister

Ratsmitglied Horst Radmer

Ratsmitglied Hartmuth Sager

Ratsmitglied Michael Schadewaldt

Beigeordneter Michael von Teichman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Astrid Mohr

Mitglied BASU-Fraktion

Ratsmitglied Joachim Ender

Ratsmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion

Ratsmitglied Johann Janssen

Ratsmitglied Gerold Tholen

NPD

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Stadtrat Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Wolbergs
Fachbereichsleiter 10 - Peter Gniech
Fachbereichsleiter 13 - Arnold Preuß
Fachbereichsleiter 14 - Erwin Wothe
Werksleiter SDW - Hubert Rüttgers
Fachbereichsleiter 20 - Jörg Valnion
FB 20 - Stefan Kück
Fachbereichsleiterin 30 - Marion Fiedelak

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

A. Öffentlicher Teil ab Seite 2

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 36

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven
- 4.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung der Stadtwerke und Änderung des Gesellschaftsvertrages (vorgelegt durch die CDU-Fraktion)
- 4.3 Resolution auf Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum Erhalt des Standortes Varel im Airbus-Verbund
- 4.4 Resolution auf Antrag der LAW-Fraktion und der SPD-Fraktion zum Erhalt des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Oldenburg
- 4.5 Resolution auf Antrag der LAW-Fraktion und der SPD-Fraktion: Aufruf gegen Rechtsextremismus
- 5.1.1 Wirtschaftsplan 2007 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe
- 5.2.1 Wirtschaftsplan 2007 -- Eigenbetrieb GGS
- 5.3.1 Wirtschaftsplan 2007 der SDW
- 5.4.1 Wirtschaftsplan 2007 SGW
- 5.5.1 Wirtschaftsplan 2007 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
- 5.5.2 Wirtschaftsplan 2007 der WTF-Stadtwerke GmbH
- 5.5.3 Wirtschaftsplan 2007 der WFG
Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH
- 5.5.4 Wirtschaftsplan 2007 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH
- 5.5.5 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über die Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2003-2005
- 5.5.6 Haushaltssatzung 2007
- 5.5.7 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2008 für kostenrechnende Einrichtungen
- 5.6.1 Bebauungsplan Nr. 94C/4 Gewerbegebiet Niedersachsendamm/Friesendamm/Flutstraße, Aufstellungsbeschluss
- 5.6.2 Bebauungsplan Nr. 75 Rüstersiel-Alte Gärtnerei, Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss
- 5.6.3 Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zum Entwurf der Gesamtnovellierung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) des Landes Niedersachsen
- 5.7.1 Satzung über die Festlegung von Schulbezirken und das Aufnahmeverfahren für die Gymnasien in Wilhelmshaven
- 5.8.1 Jahresabschluss 2005 des RNK-Eigenbetriebes, Entlastung der Werkleitung, Verwendung des Betriebsergebnisses

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt informierte, dass die Tagesordnungspunkte 5.6.1 „Bebauungsplan Nr. 94 C/4 Gewerbegebiet Niedersachsendamm / Friesendamm / Flutstraße, Aufstellungsbeschluss“ sowie der Tagesordnungspunkt 6.1.1 des nichtöffentlichen Teils von der Verwaltung zurückgezogen worden seien.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Beratungsgegenstände vor.

4 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat

4.1 Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 19.02.2007 vor.

Frau Klee verlieh ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass der Ortsrat nicht im Vorfeld über diese Änderung, die letztendlich dieses Gremium betreffe, informiert worden sei. Im übrigen werde es seitens des Ortsrates für sinnvoller erachtet, doch vor den Fachausschüssen beteiligt zu werden.

Oberbürgermeister Menzel erklärte, dass sich die bisherige Regelung, den Ortsrat vor den Fachausschüssen zu hören, aufgrund häufig unterschiedlicher Vorlaufzeiten als nicht praktikabel herausgestellt habe.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügten Änderungen der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wilhelmshaven.

4.2 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen auf Einberufung einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung der Stadtwerke und Änderung des Gesellschaftsvertrages
(vorgelegt durch die CDU-Fraktion)

Herr Prof. Reuter brachte für die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen den folgenden Antrag ein:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der „Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH“ wird angewiesen, unverzüglich eine außerordentliche Gesellschafterversammlung der SWW einzuberufen.
2. Die städtischen Mitglieder der Gesellschafterversammlung der „Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH“ werden angewiesen, den Gesellschaftervertrag wie folgt zu ändern:

Ergänze in § 5 (3),

- k) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern. Siehe auch § 5 (3) letzter Absatz.
- streiche: § 10 (2) a.
 - der § 6 (1), Zusammensetzung des Aufsichtsrates ist zu ändern, um den Einfluss der Gesellschafter Stadt/WTF-S zu stärken.
 - § 7 (1), der Vorsitzende und der Stellvertreter des Aufsichtsrates wird aus dem Kreis der der Aufsichtsratsmitglieder gewählt.
 - § 8 (5), Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf Erstattung der Auslagen und auf Sitzungsgeld. Die Höhe des Sitzungsgeldes wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Dabei ist § 111 (7) NGO zu beachten.
 - § 10 (3),
ergänze nach 1. Satz: Die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern der Tochtergesellschaften bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates.“

Dieser Antrag habe den Hintergrund, dass zum einen eine Änderung der Zusammensetzung des Aufsichtsrates herbeigeführt werden solle. Bei dessen Besetzung falle auf, dass vier der Mitglieder die Gesellschaft vertreten, fünf dagegen nicht Gesellschafter darstellten. Hier halte man die Stadt als Gesellschafter für nicht ausreichend repräsentiert.

Des weiteren sei mit dem Antrag der Wunsch verbunden, durch Änderung des Gesellschaftsvertrages die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern vom Aufsichtsrat auf die Gesellschafterversammlung zu verlagern und damit mehr Ratsnähe zu schaffen.

In diesem Zusammenhang wies er auf den zur Sitzung eingereichten **Ergänzungsantrag** hin:

„Streiche:

- der § 6 (1) ff, „Zusammensetzung des Aufsichtsrates...“

Setze:

- der § 6 (1) ist wie folgt zu ändern:

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH setzt sich zusammen aus **einem** Vertreter der Thüga AG, dem **Oberbürgermeister** der Stadt Wilhelmshaven gemäß § 111 (2) NGO, sowie aus **sechs** weiteren Vertretern des Rates der Stadt Wilhelmshaven (Bestimmung nach Hare-Niemeyer).

Dem Aufsichtsrat gehören ferner **3 Arbeitnehmervertreter** als beratende Mitglieder an.“

Der Antrag inklusive der Ergänzung lautet nun wie folgt:

1. Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der „Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH“ wird angewiesen, unverzüglich eine außerordentliche Gesellschafterversammlung der SWW einzuberufen.
2. Die städtischen Mitglieder der Gesellschafterversammlung der „Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH“ werden angewiesen, den Gesellschaftervertrag wie folgt zu ändern:

Ergänze in § 5 (3),

k) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern. Siehe auch § 5 (3) letzter Absatz.

- streiche: § 10 (2) a.

- der § 6 (1) ist wie folgt zu ändern:

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH setzt sich zusammen aus **einem** Vertreter der Thüga AG, dem **Oberbürgermeister** der Stadt Wilhelmshaven gemäß § 111 (2) NGO, sowie aus **sechs** weiteren Vertretern des Rates der Stadt Wilhelmshaven (Bestimmung nach Hare-Niemeyer).

Dem Aufsichtsrat gehören ferner **3 Arbeitnehmervertreter** als beratende Mitglieder an.

- § 7 (1), der Vorsitzende und der Stellvertreter des Aufsichtsrates wird aus dem Kreis der der Aufsichtsratsmitglieder gewählt.

- § 8 (5), Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf Erstattung der Auslagen und auf Sitzungsgeld. Die Höhe des Sitzungsgeldes wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Dabei ist § 111 (7) NGO zu beachten.

- § 10 (3),

ergänze nach 1. Satz: Die Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern der Tochtergesellschaften bedarf der Zustimmung des Aufsichtsrates.“

Dieser Antrag wurde bei Gegenstimmen von SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel sowie einer Enthaltung (Ratsherr Janssen) mehrheitlich angenommen.

4.3. Resolution auf Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD zum Erhalt des Standortes Varel im Airbus-Verbund

Herr Dr. von Teichman trug den gemeinsamen Resolutionsvorschlag von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und SPD vor:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beobachtet mit großer Sorge die Entwicklung bei Airbus und insbesondere an den Standorten Varel und Nordenham.

Er unterstützt die Resolutionen des Landkreises Friesland und der Stadt Varel vom 7. Februar 2007.

Unsere strukturschwache Region braucht dringend die Arbeits- und qualifizierten Ausbildungsplätze im Werk Varel der Airbus Deutschland GmbH und die Kaufkraft der dort Beschäftigten für die Region. Das Airbus-Werk Varel ist der größte Arbeitgeber im

Landkreis Friesland und ein wichtiger Auftraggeber auch für Zulieferfirmen aus Wilhelmshaven.

Die jetzt im Konzern vorzunehmenden Restrukturierungen zur Sicherung des Gesamtunternehmens und Stabilisierung des Flugzeugbaus in Deutschland und Europa müssen mit großer Sensibilität vorgenommen werden und dürfen nicht zur Zerschlagung oder Gefährdung von effektiv arbeitenden Betriebsteilen führen.

An den Standorten Varel und Nordenham wird seit Jahren effektive und effiziente Arbeit geleistet, ohne die die bisherigen weltweiten Erfolge von Airbus nicht möglich wären. Daran haben auch viele Zulieferer aus Wilhelmshaven einen großen Anteil. Die qualifizierten und hoch motivierten Belegschaften dürfen nicht durch kurzsichtige Entscheidungen und unter dem Druck von kurzfristig zu realisierenden Ergebnisverbesserungen gefährdet werden.

Der Rat solidarisiert sich mit den berechtigten Interessen von Betrieben und Belegschaften und bittet die maßgeblichen politischen Kräfte, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass

- keine Produktionskapazitäten aus der norddeutschen Region abgezogen werden*
- die Struktur der norddeutschen Airbus-Werke erhalten wird,*
- die berechtigten Interessen der Zulieferer berücksichtigt werden.*

Die verantwortlichen Entscheider werden aufgefordert, nur sachgerechte und nachhaltige Maßnahmen zu ergreifen.“

Herr Schmidt erklärte, seine Fraktion unterstütze Resolution ausdrücklich. Hier werde die ohnehin strukturschwache Region einmal mehr durch die geplanten Einsparungen im EADS-Konzern belastet. Hier müssten die Managementfehler des Konzerns durch die Betriebe ausgeglichen werden und die Region werde damit vom wirtschaftlichen Aufschwung abgehängt. Für den Erhalt der Werke Varel und Nordenham reichten keine Lippenbekenntnisse der Politiker aus, vielmehr seien klare Garantien erforderlich, dass die Werke nicht aus dem Airbus-Konzern herausgenommen würden. Von diesen Planungen seien zusätzlich auch Zulieferfirmen aus dem Umland, auch aus Wilhelmshaven, betroffen. Hier vermisse er die Glaubwürdigkeit bei den Aussagen der Verantwortlichen. Die Standorte Varel und Nordenham müssen bestehen bleiben, da es gar keine Alternative zu diesen Arbeitsplätzen gebe. Hier sei die Region gefordert, um weiteren Abbau zu verhindern.

Die Resolution wurde daraufhin einstimmig verabschiedet.

4.4 Resolution auf Antrag der LAW-Fraktion und der SPD-Fraktion zum Erhalt des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Oldenburg

Frau Gastmann brachte die Resolution für die SPD-Fraktion ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven unterstützt den Gemeindeunfallversicherungsverband Oldenburg in seinen Bemühungen, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Reform der gesetzlichen Unfallversicherung so gestaltet, dass den Ländern die Möglichkeit überlassen wird, mehrere Träger zuzulassen, wenn sie in ihrer Zusammenarbeit die gleiche Effizienz erreichen.

Deshalb appelliert der Rat der Stadt an alle Beteiligten, insbesondere an die niedersächsische Landesregierung, dass der GUV Oldenburg als eigenständige Körperschaft erhalten bleibt und der Standort Oldenburg nicht gefährdet wird.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven schließt sich mit dieser Resolution den Eingaben des Rates der Stadt Oldenburg vom 08.01.2007 und des Kreistages des Landkreises Oldenburg vom 05.02.2007 voll inhaltlich an und lehnt eine Verlagerung des Standortes Oldenburg nach Hannover ab. Eine ortsnahe regionale Betreuung der Versicherten und der Arbeitgeber wären damit nicht mehr gewährleistet und Kundennähe und Kundenfreundlichkeit wären erheblich gefährdet.“

Anschließend nahm Frau Gastmann kurz Stellung zur Resolution, worin sie die Bedeutung dieses Trägers für den Nordwesten herausstellte. Dies verband sie mit der Bitte, die Resolution als Petition dem niedersächsischen Landtag vorzulegen.

Herr Janssen erklärte das Zustandekommen des Antrages der LAW-Fraktion und der SPD-Fraktion: Die LAW habe diese Resolution angeregt; der Text sei durch die SPD-Fraktion verfasst. Seine Fraktion unterstütze jedoch das durch die SPD-Fraktion vorgebrachte Anliegen.

Herr Neumann verdeutlichte, es handele sich dabei nicht um einen gemeinsamen Antrag beider Fraktionen. Man folge vielmehr der von Seiten der Stadt und dem Landkreis Oldenburg verabschiedeten Resolution und erkläre sich mit ihnen solidarisch.

Die Resolution wurde einstimmig verabschiedet.

4.5 Resolution auf Antrag der LAW-Fraktion und der SPD-Fraktion: Aufruf gegen Rechtsextremismus

Frau Aljets brachte den Resolutionsantrag für die SPD-Fraktion ein:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stellt fest, dass rechtsextremistisch motivierte Aktivitäten und Diskriminierungen eindeutig im Widerspruch zu dem in Artikel 1 Grundgesetz garantierten Schutz der Menschenwürde und dem in Artikel 3 Grundgesetz enthaltenen Gleichbehandlungsgrundsatz stehen.

Rechtsextremes Gedankengut macht sich schleichend breit.

Inmitten unserer Gesellschaft werden Menschen auf Grund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Nationalität oder Herkunft, ihrer Hautfarbe und Behinderung, ihrer sozialen Stellung oder ihrer persönlichen Umstände ausgegrenzt oder benachteiligt.

Dem müssen wir entschlossenes und gemeinsames Handeln entgegen setzen und rufen alle relevanten demokratischen Vereine, Verbände und Organisationen, alle Bürgerinnen und Bürger auf, unsere Gesellschaft aktiv gegen Anfeindungen zu verteidigen und dem weiteren Anwachsen des Rechtsextremismus Einhalt zu bieten.

Wir brauchen auch in Wilhelmshaven ein breites Bündnis gegen Rassismus und Gewalt.

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, gemeinsam deutlich Zivilcourage zu zeigen:

- Verwahren Sie sich gegen diskriminierende und rassistische Äußerungen*
- Schauen Sie bei Übergriffen nicht weg*
- Rufen Sie bei rechtsextremistischen Straftaten unverzüglich die Polizei*
- Treten Sie aktiv gegen Ausgrenzung und für ein friedliches Zusammenleben ein.“*

In einer anschließenden Stellungnahme stellte Frau Aljets die Gefahren durch unerkannten Rechtsextremismus sowie die Bedeutung der Vermeidung von Rechtsextremismus heraus.

Die Resolution wurde einstimmig bei einer Enthaltung (NPD) verabschiedet.

5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

Vor Einstieg in die Beratungen der Fachausschüsse wurden die Haushaltsreden in der Reihenfolge

1. Oberbürgermeister Menzel
2. Stadtkämmerer Hoff
3. Fraktionsvorsitzender Neumann (SPD)
4. Fraktionsvorsitzender Prof. Reuter (CDU)
5. Fraktionsvorsitzender Dr. von Teichman (FDP)
6. Fraktionsvorsitzender Biehl (Bündnis 90/Die Grünen)
7. Fraktionsvorsitzender Tjaden (BASU)
8. Fraktionsvorsitzender Janssen (LAW)

vorgetragen.

Die Haushaltsreden sind als Anlage 1-7 dem Protokoll beigelegt. Die Rede von Herrn Dr. von Teichman lag nicht in Textform vor und ist daher nicht als Anlage vorhanden.

Im Anschluss daran wurde die Sitzung für eine Pause von 13.25 Uhr bis 13.45 Uhr unterbrochen.

5.1 Werksausschuss Entsorgungsbetriebe

5.1.1 Wirtschaftsplan 2007 der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 10.11.2006 vor.

Der Wirtschaftsplan ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das **Wirtschaftsjahr 2007** in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **4.817.300,00 €** festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **0,00 €** festgesetzt.

Der Höchstbetrag bis zu dem **Kassenkredite** für das Wirtschaftsjahr 2007 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **6.000.000,00 €** festgesetzt.

5.2 Werksausschuss Grundstücke und Gebäude

5.2.1 Wirtschaftsplan 2007 -- Eigenbetrieb GGS

Herr Weerda trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Grundstücke und Gebäude vom 08.02.2007 vor.

Bevor Herr Tjaden den **Antrag der BASU-Fraktion Nr. 17-07** („Die Stadt Wilhelmshaven finanziert die Neugestaltung des Sportplatzes des STV-Voslapp an der Flutstraße und stellt sicher, dass der Sportplatz des STV-Voslapp im Jahr 2007 erneuert wird. Von einem Teilverkauf der Sportplatzflächen als Refinanzierung wird abgesehen.“) einbrachte, verwies er auf zwischenzeitlich erfolgte Gespräche

zwischen Stadt und Sportverein. **Für den Fall, dass die dort erzielten Ergebnisse vom Rat übernommen würden, wolle er seinen Antrag zurückziehen.**

Herr Dr. Graul legte daraufhin den aktuellen Sachstand dar. Hier sei deutlich geworden, dass der Verein einen hochwertigen Platz für die Ausübung des Amateurfußballs benötige. Darüber hinaus konnten positive Auswirkungen im Falle der Herrichtung des Tennenplatzes als Kunstrasenplatz festgestellt werden. Ferner sei der vorhandene Rasenplatz ohne weitere Veränderungen als Trainingsplatz weiterhin nutzbar. Das Konzept, den Sportplatz in Bauland umzuändern, sei nach gemeinsamer Einschätzung als unpraktikabel verworfen worden. Abschließend habe der Verein erklärt, dass man sich dort selbst in die Realisierung der Maßnahme einbringen wolle und damit die Belastung des städtischen Haushaltes in einem finanzierbaren Rahmen gehalten werden könne. Aus diesen Ergebnissen könne folgender Entscheidungsvorschlag für einen Ratsbeschluss unterbreitet werden:

1. Für die Herstellung eines Kunstrasenplatzes anstelle des bisherigen Tennenplatzes auf der Sportanlage Flutstraße stellt die Stadt Wilhelmshaven insgesamt maximal 600.000 € zur Verfügung.
2. Die Maßnahme wird vom STV Voslapp im Jahr 2007 durchgeführt und vorfinanziert.
3. Die Stadt Wilhelmshaven wird die Baukosten ab 2008 mit jährlich 150.000 € refinanzieren. Dazu werden im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven“ (GGS) die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen eingestellt. Die Folgekosten in Höhe von ca. 60.000 € pro Jahr werden zeitanteilig im Ergebnishaushalt ausgewiesen.
4. Der STV wird die Stadt Wilhelmshaven von allen Verpflichtungen zur Grundsanierung des Rasenplatzes auf der Sportanlage Flutstraße freistellen.
5. Über die weiteren Einzelheiten wird zwischen dem STV Voslapp und der Stadt Wilhelmshaven eine Vereinbarung abgeschlossen.

Da die Verwaltung nicht antragsberechtigt sei, bitte er den Vorsitzenden des Sportausschusses, den Beschlussvorschlag formal als Antrag zu übernehmen.

Herr Barkowsky dankte zunächst der Verwaltung für die geleistete Vorarbeit. Hier habe nunmehr eine für beide Seiten positive Vorgehensweise erarbeitet werden können. Aus diesem Grunde stimme er zu, den Vorschlag als Antrag für den Rat zu erheben.

Herr Tjaden äußerte sich ebenfalls positiv zu den erarbeiteten Ergebnissen. Dies entspreche dem mit seinem ursprünglichen Antrag bezweckten Anliegen und daher stimme auch er dem Vorschlag der Verwaltung zu.

Herr Prof. Reuter bat zunächst um Stellungnahme seitens des Kämmerers zu diesem Konzept.

Ferner verwies er auf einen **Änderungsantrag** seiner Fraktion zu diesem Thema: *„Die CDU-Fraktion beantragt eine 10 %-ige Beteiligung des Vereins. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Finanzierungskonzept vorzulegen.“*

Zur weiteren Beratung beantrage er außerdem eine Sitzungsunterbrechung.

Zum Antrag führte Herr Prof. Reuter aus, dass aufgrund der knappen Ressourcen auch Vereine in die Finanzierung der von ihnen geforderten Maßnahmen eingebunden werden müssten. Er sehe die Notwendigkeit eines neuen Kunstrasenplatzes durchaus als gegeben, halte aber gleichzeitig eine finanzielle Beteiligung des STV für angemessen.

Herr Tjaden wendete ein, dass der Einwurf der CDU-Fraktion grundsätzlich nicht von der Hand zu weisen sei; hier müsse jedoch die finanzielle Ausstattung des einzelnen Vereins beachtet werden. Im Falle des STV gebe er außerdem zu bedenken, dass sich der Verein ohnehin bereit erklärt habe, sich an den Kosten zu beteiligen.

Herr Barkowsky hielt den Äußerungen von Herrn Prof. Reuter entgegen, dass eine Unterstützung mit dem geforderten zehnprozentigen Eigenanteil kaum als solche zu bezeichnen sei, da der Verein diese erhebliche finanzielle Belastung nicht leisten könne. Im folgenden erklärte er kurz die Zusammenhänge zwischen STV und Stadt.

Er appelliere, den Verein, der eine der leistungsstärksten Jugendabteilungen der Stadt unterhalte, mit Hilfe des vorgelegten Konzeptes in seiner Arbeit zu unterstützen.

Herr Neumann bat zu bedenken, dass Sport nicht zuletzt auch als Sozialarbeit zu verstehen sei und daher der Verein in seinem Anliegen unterstützt werden müsse. Aus diesem Grunde bitte er dringend, von dem Änderungsantrag abzusehen.

Oberbürgermeister Menzel appellierte ebenfalls, den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen, zumal diese Lösung für alle Beteiligten akzeptabel erschien. Er schlage daher vor, mit der Vorfinanzierung des Vereins die Forderung nach einer Eigenbeteiligung abzudecken. Darüber hinaus erinnerte er an den ebenfalls bereits erfolgten Versuch, die Sanierung durch Fördermittel des Landes zu finanzieren.

Herr Hoff verdeutlichte, dass auch die nun vorgeschlagene Alternative keine optimale Lösung aus haushaltsrechtlicher Sicht darstelle. Da sich jedoch die übrigen Alternativen als nicht machbar herausgestellt haben, sei keine andere Wahl geblieben, als die hier eingebrachte Vorgehensweise.

Herr Dr. von Teichman zeigte abschließend verschiedene Maßnahmen auf, die seines Erachtens das Problem auf weniger kostenaufwendige Weise lösen. Zum einen müsse eine finanzielle Beteiligung des Vereins sichergestellt werden; zum anderen müsse eine etwaige Kostenbeteiligung durch das Land weiterverfolgt werden. Darüber hinaus sei eine gemeinsame Nutzung der Sportplätze durch mehrere Vereine durchaus denkbar.

Die Sitzung wurde anschließend für Beratungen der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen von 14.10 Uhr bis 14.20 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte Herr Prof. Reuter, dass seine Fraktion ihre Forderung nach einer Kostenbeteiligung durch die Vorfinanzierung des Vereins erfüllt sehe. Grundsätzlich halte man es für erforderlich, dass aufgrund der Haushaltslange künftig bei jeder Erneuerungsmaßnahmen für Vereine über eine Eigenbeteiligung des jeweiligen Vereins nachgedacht werden müsse. Ferner bitte er, derartiges in Zukunft besser vorzubereiten und den Rat über aktuelle Entwicklungen früher zu informieren. Seine Fraktion werde der Maßnahme zustimmen, mache es aber zur Bedingung, dass die Summe ausdrücklich auf 600.000 € begrenzt werde. Mit diesem Schritt solle sich die Problematik, die im Zuge des Ausbaus der Nordseesporthalle entstanden sei, nicht wiederholen.

Die CDU-Fraktion **zog den Änderungsantrag zurück.**

Herr Radmer bat, die Forderung nach der zehnprozentigen Beteiligung des Vereins an den Kosten und deren Erfüllung durch die Vorfinanzierung und Eigenleistung als zusätzlichen Punkt mit in den Antrag aufzunehmen.

Herr Tjaden schlug die folgende Formulierung vor: „Ziff. 6: Der STV beteiligt sich mit 10 % an den Kosten; die 10 % sind durch die Vorfinanzierung erfüllt.“

Dieser Textvorschlag fand allgemeine Zustimmung. **Der Antrag lautete nunmehr wie folgt:**

1. Für die Herstellung eines Kunstrasenplatzes anstelle des bisherigen Tennenplatzes auf der Sportanlage Flutstraße stellt die Stadt Wilhelmshaven insgesamt maximal 600.000 € zur Verfügung.
2. Die Maßnahme wird vom STV Voslapp im Jahr 2007 durchgeführt und vorfinanziert.
3. Die Stadt Wilhelmshaven wird die Baukosten ab 2008 mit jährlich 150.000 € refinanzieren. Dazu werden im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven“ (GGs) die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen eingestellt. Die Folgekosten in Höhe von ca. 60.000 € pro Jahr werden zeitanteilig im Ergebnishaushalt ausgewiesen.
4. Der STV wird die Stadt Wilhelmshaven von allen Verpflichtungen zur Grundsanierung des Rasenplatzes auf der Sportanlage Flutstraße freistellen.
5. Über die weiteren Einzelheiten wird zwischen dem STV Voslapp und der Stadt Wilhelmshaven eine Vereinbarung abgeschlossen.
6. Der STV beteiligt sich mit 10 % an den Kosten; die 10 % sind durch die Vorfinanzierung erfüllt.

Der Antrag wurde daraufhin **einstimmig** (bei Enthaltung von Herr Dr. von Teichman) **angenommen**.

Herr Tjaden brachte einen weiteren **Antrag** (Nr. 20-07) für die BASU-Fraktion ein:

„Die Stadt Wilhelmshaven stellt 139.000 Euro für die Beschaffung und den Betrieb von zwei Freistahl-Apparaten in den Haushalt 2007. Die Apparate werden schnellstmöglich beschafft und betrieben.“

Er wies anschließend darauf hin, dass diese Summe jedoch bereits im Wirtschaftsplan des GGS enthalten sei.

Herr Biehl **beantragte** für die Kooperation der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen:

„Die in den Haushalt 2007 eingestellten Mittel für den Banter See in Höhe von 139.000 Euro sind zu streichen.

Dafür werden eingesetzt für die Jahre 2007 – 2009 jeweils 25.000 Euro für weitere Forschung.“

Die Herren Oberbürgermeister Menzel, Barkowsky und Hartmann erklärten übereinstimmend, dass aufgrund der jährlichen Nutzungseinschränkungen durch die Blaualgen dringender Handlungsbedarf bestehe und diese sich bietende Alternative genutzt werden sollte.

Seitens Herrn Prof. Reuter, wie auch von den Herren Hellwig und Dr. von Teichman wurde eingewendet, dass die Wirkungsweise dieser Apparate noch nicht ausreichend erforscht sei, um eine positive Auswirkung sicher voraussagen zu können. Deren versuchsweiser Einsatz mit unbekanntem Erfolg werde angesichts der Haushaltslage als nicht empfehlenswert eingestuft. Seitens der Kooperation werde es als sinnvoller erachtet, anstelle in die Beschaffung in weitere Forschungen zu investieren.

Herr Dr. Graul erläuterte daraufhin die Sachlage: Das bisherige Testprojekt Accumer See sei kein städtisches, sondern werde von der Fachhochschule durchgeführt und aus eigenen Mitteln finanziert. Da der Accumer See mit den Verhältnissen des Banter Sees nicht vergleichbar sei, habe die Stadt eine für den

Banter See durchgeführte Studie vorfinanziert. Eine durchgreifende Wirkung dieser Apparate könne in der Tat nicht vorhergesagt werden; hier müsse nicht zuletzt auch guter Wille nach außen demonstriert werden, dieses Problem anzugehen. Im übrigen würden laufend etwa 10.000 € pro Jahr für Kontrolluntersuchungen des Banter Sees aufgewendet, so dass der Änderungsantrag im Grunde ins Leere ziele.

Dem Hinweis seitens Frau Aljets, der Banter See sei durch die Algenblüte im Sommer als Naherholungs- und Sportgebiet während großer Zeitabschnitte nicht nutzbar, hielt Herr Rech entgegen, dass im fraglichen Zeitraum durchaus auch andere Alternativen für Naherholung und Sport gefunden werden könnten. Er warne davor, die Thematik allzu sehr zu problematisieren, zumal es im weiteren Umfeld des Banter Sees diverse weitere Verschmutzungen zu beklagen gebe. Er halte ein Gesamtkonzept für dieses Gebiet für sinnvoller.

Herr Tjaden warf ein, dass die von der Kooperation beantragten Mittel für fundierte wissenschaftliche Forschungen ebenfalls nicht ausreichend seien. Zudem verlieh er seinem Unverständnis darüber Ausdruck, dass dieses bereits seit langer Zeit bekannte Problem nicht zu einem früheren Zeitpunkt thematisiert worden sei. Selbst wenn mittlerweile gesicherte Forschungsergebnisse vorlägen, bezweifle er, dass diese eine absolut zuverlässige Lösung zur Algenentfernung bieten könnten.

Herr Felbier **beantragte nach § 9 Abs. 1 Ziff. b) Schluss der Debatte und Schließen der Rednerliste**, um zu einer Abstimmung zu kommen.

Dieser Geschäftsordnungsantrag wurde mehrheitlich angenommen.

Die daraufhin erfolgte Abstimmung über den Antrag der Kooperation der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen ergab 22 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und 23 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, BASU-Fraktion, LAW-Fraktion, NPD und Oberbürgermeister Menzel). **Der Änderungsantrag wurde somit mehrheitlich abgelehnt.**

Über den Antrag der BASU-Fraktion Nr. 20-07 wurde nicht gesondert beschlossen, da der beantragte Betrag bereits im Haushalt der GGS enthalten war.

Herr Biehl **beantragte** abschließend für die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen:

„Die im Haushalt 2007 eingestellten Mittel für den Banter See in Höhe von 139.000 Euro werden mit einem Sperrvermerk versehen, der nur vom Rat selbst aufgehoben werden kann.“

Herr Biehl erklärte in Beantwortung einer Nachfrage von Frau Aljets, dieser Sperrvermerk solle bis zum Sommer bestehen bleiben, um weitere Ergebnisse abzuwarten.

An der folgenden erneuten Diskussion zur Algenproblematik am Banter See beteiligten sich die Herren Prof. Reuter, Neumann, Adam, Hellwig, Janssen, Biehl und Weerda.

Herr Hoff merkte abschließend an, dass die Übernahme der Kosten durch den GGS, der sowohl als Eigentümer des Geländes als auch als Dienstleister ist, aus Gründen der Zuständigkeit nicht zu umgehen sei.

Der **Antrag der Kooperation zum Sperrvermerk** wurde bei **22 Ja-Stimmen** (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und **23 Nein-Stimmen** (SPD-Fraktion, BASU-Fraktion, LAW-Fraktion, NPD und Oberbürgermeister Menzel) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 162.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.444.400 € festgesetzt.

5.3 Werksausschuss Städtische Datenverarbeitung

5.3.1 Wirtschaftsplan 2007 der SDW

Herr Sager trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Städtische Datenverarbeitung vom 06.02.2007 vor.

Der Wirtschaftsplan ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Sager brachte anschließend für die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag ein:

„Der Rat der Stadt beauftragt die SDW im Sinne des Konzerngedankens ein Konzept für die Bündelung der IT-Bereiche der Holdingfirmen zu erarbeiten, mit dem Ziel unter ökonomischen Gesichtspunkten alle IT-Leistungen in der SDW zusammenzuführen.“

Dem Hinweis von Herrn Hartmann, hierbei handele es sich um einen bereits durch die VEBERAS aufgegriffenen Vorschlag, hielt Herr Dr. von Teichman entgegen, dass hier jedoch entgegen dem VEBERAS-Vorschlag die Bündelung bei SDW und nicht bei der Holding erfolgen solle.

Der Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wurde einstimmig angenommen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2007 der SDW wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

5.4 Werksausschuss Straße und Grün

5.4.1 Wirtschaftsplan 2007 SGW

Herr Dr. Schadewaldt trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Straße und Grün vom 01.02.2007 vor.

Der Wirtschaftsplan ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 921.432 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

5.5 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus

5.5.1 Wirtschaftsplan 2007 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2007 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 3.898.659 € wird zugestimmt.

5.5.2 Wirtschaftsplan 2007 der WTF-Stadtwerke GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Tjaden bezog sich auf seinen Antrag, der die Mittel für den Umbau des Rüstersieler Hafens thematisiert, und bat sicherzustellen, dass sich, auch bei Beratung an anderer Stelle, die gegebenenfalls erfolgten Änderungen ebenfalls im Wirtschaftsplan der WTF-S wiederfinden.

Auf den Einwand seitens Herrn Dr. von Teichman, den Antrag dann besser gleich an dieser Stelle zu behandeln, stellte Herr Hoff richtig, dass dies unter den Beratungspunkt „Haushalt“ falle und in der Folge dann entsprechend in den Wirtschaftsplan der WTF-S eingearbeitet werde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2007 der WTF-Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.164.065 € wird zugestimmt.

5.5.3 Wirtschaftsplan 2007 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Die Vorlage sowie das Ergänzungsblatt sind als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Prof. Reuter merkte an, es liege ein Änderungsantrag seiner Fraktion die WFG betreffend vor. Er bitte um Auskunft, ob der Antrag an dieser Stelle oder zum Haushalt (Ziff. 40 der VEBERAS-Liste) beraten werden solle.

Herr Hoff bestätigte, dass den Antrag an dieser Stelle behandelt werden könne.

Herr Prof. Reuter brachte folgenden **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** ein:

„Der Zuschuss der WFG wird über den Verwaltungsvorschlag hinaus bei den fixen Kosten um weitere 100 T€ reduziert.“

Dazu erläuterte er, dass die Verwaltung in der VEBERAS-Liste eine Einsparung in Höhe von 100.000 € bei den fixen Kosten gefordert habe. Von den verbleibenden 915.100 € im Haushalt der WFG beantrage seine Fraktion eine weitere Reduzierung der Fixkosten um 100.000 €.

Herr Neumann signalisierte die Ablehnung dieses Antrages. Die SPD-Fraktion befürchte bei weiteren Kürzungen große Schäden für die Wirtschaft und damit letztendlich für die Stadt.

Herr Dr. von Teichman erklärte, seine Fraktion halte den Wirtschaftsplan in der vorgelegten Form für nicht vollständig, schlecht erarbeitet und nicht nachvollziehbar; auch die als Tischvorlage vorgelegte Ergänzung sei nicht ausreichend aussagekräftig. Seines Erachtens könne ein derartig präsentiertes Zahlenwerk nicht auf seriösen Zahlen basieren.

Herr Tjaden stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. von Teichman zu. Auch die Ausführungen des Prokuristen der WFG in der vorbereitenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus haben nicht zur Klärung beitragen können. Die nachgereichte Ergänzung zum Wirtschaftsplan sei ebenfalls nicht ausreichend gewesen und darüber hinaus zu spät vorgelegt worden. Er sehe sich nicht in der Lage, die Zahlen so nachzuvollziehen. Gerade bei einem so wichtigen Thema wie der Wirtschaftsförderung müsse auf Klarheit größter Wert gelegt werden.

Herr Neumann hielt dem entgegen, er halte den Wirtschaftsplan sehr wohl für ausreichend erörtert und erklärt. Die Wirtschaftspläne der anderen Gesellschaften seien trotz Defiziten genehmigt worden; dies lege für ihn den Schluss nahe, dass es in diesem Fall weniger um die vorgelegten Zahlen gehe als vielmehr um politische Hintergründe.

Oberbürgermeister Menzel führte dazu aus, er halte eine weitere Streichung der Mittel für die WFG für nicht akzeptabel. Auch er sei verwundert über die Ablehnung des Wirtschaftsplanes derjenigen Gesellschaft, die für die Wirtschaft in der Stadt und hier besonders für den JadeWeserPort von großer Bedeutung sei. Den Vorwurf der Unseriosität der WFG weise er entschieden zurück. Es dürfe nicht angehen, dass mit derartigem Verhalten die Wirtschaftsförderung der Stadt unnötig erschwert werde. Gerade im Hinblick auf das Voranschreiten der Arbeiten für den Bau des JadeWeserPorts könnten weitere Kürzungen nicht verantwortet werden. Er appelliere aufgrund der möglichen Folgen eindringlich, von diesem Antrag abzusehen.

Herr Tjaden erklärte daraufhin, aus welchen Gründen er dennoch Unterschiede in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften sehe und nannte dazu einige Beispiele.

Herr Felbier zeigte sich zunächst verwundert darüber, dass die Ergänzung zum Wirtschaftsplan scheinbar zeitig vor der Ratssitzung vorgelegen habe und dennoch erst zur Sitzung verteilt worden sei. Ferner wolle er den Vorwurf der Unterstellung seitens Oberbürgermeister Menzel ebenso zurückweisen, wie den einer Allianz mit dem Ratsvertreter der NPD.

Herr Dr. von Teichman verlieh seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass bei der WFG Einsparungen auf Vorschlag der Verwaltung möglich seien, weitere Einsparungen auf Antrag der Politik jedoch unmöglich erscheinen. Darüber hinaus halte er viele der im Wirtschaftsplan genannten Punkten für nicht nachvollziehbar. Anhand verschiedener Beispiele zeigte er Aufgaben auf, die seines Erachtens nicht Angelegenheit der Wirtschaftsförderung seien und daher gestrichen werden könnten. Auch Angaben zur Finanzierung des angekündigten zweiten Geschäftsführers vermisse er diesem Papier. Aus diesen Gründen könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen und bitte, einen neuen, seriös durchgerechneten Haushalt vorzulegen.

Herr Prof. Reuter merkte ebenfalls an, dass die Ergänzung früher hätte an die Ratsmitglieder werden können. Auch er vermisse aussagekräftige Zahlen bei den Fixkosten der Gesellschaft. Er wolle betonen, dass es bei der Ablehnung nicht um eine mögliche Verhinderung der Großprojekte gehe, sondern um Lösung von Unklarheiten im Rahmen der Verwaltung der Wirtschaftsförderung.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**, den Zuschuss der WFG über den Verwaltungsvorschlag hinaus bei den fixen Kosten um weitere 100 T€ zu kürzen, **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Wirtschaftsplan 2007 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

5.5.4 Wirtschaftsplan 2007 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Der Wirtschaftsplan ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2007 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

5.5.5 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über die Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2003-2005

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat nimmt den 6. Beteiligungsbericht der Stadt Wilhelmshaven mit den Jahresabschlüssen 2003 – 2005 in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis.

Nach Abstimmung wurde die Sitzung von 16.00 Uhr bis 16.10 Uhr für eine Pause unterbrochen.

5.5.6 Haushaltssatzung 2007

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erläuterte Herr Schmidt das weitere Verfahren und verwies dazu auf den vorliegenden Ablaufplan zum Haushalt.

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Herr Hoff wies darauf hin, dass bei Einbringen der Anträge auch die Summen für die folgenden Haushaltsjahre, 2008-2010, mit genannt werden sollten. Dies sei Voraussetzung für einen genehmigungsfähigen Haushalt, ebenso wie die abschließende Abstimmung über das Haushaltssicherungskonzept.

Herr Prof. Reuter zeigte sich überrascht über diese Vorgabe, zumal sich die von seiner Fraktion vorgelegten Änderungsanträge zum Haushalt nur auf 2007 bezögen und nicht auf die Folgejahre ausgelegt seien.

Herr Dr. von Teichman vermutete, dass damit lediglich die gewünschten Steuererhöhungen bewirkt werden sollten. Im übrigen halte er die Diskussion um die zügige Haushaltskonsolidierung für übereilt; hier sollte zunächst einmal die aktuelle Entwicklung abgewartet werden.

Herr Hoff stellte richtig, dass eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt werden müsse, anhand derer der Abbau der aufgelaufenen Defizite zu erkennen sein solle. Voraussetzung dafür sei, ein spätestens im Jahr 2010 ausgeglichener Haushalt. Steuererhöhungen hätten damit nichts zu tun und würden von ihm als kontraproduktiv angesehen.

Herr Prof. Reuter erklärte sich damit nicht einverstanden, da seines Erachtens auch seitens der Verwaltung vermehrt Vorschläge zur Konsolidierung unterbreitet, wie auch die Empfehlungen des VEBERAS-Gutachtens stärker umgesetzt werden sollten. Ebenso vermisse er seitens der SPD-Fraktion Vorschläge, um gemeinsam zu einem genehmigungsfähigen Haushalt zu kommen. Hier müssten sich alle Gedanken machen, sowohl der Rat in seiner Gesamtheit, als auch die Verwaltung.

Im Anschluss wurde der **Ablaufplan** in der vorgegebenen Reihenfolge abgearbeitet:

Ziff. 1 Gesamtergebnisplan / Gesamtfinanzplan
--

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Ziff. 1a) Veberas-Gutachten

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu den Maßnahmen mit Ausnahme der vorliegenden Anträge und unter der Voraussetzung, dass Entlassungen nicht vorgenommen würden.

Herr Schmidt wies darauf hin, dass die Änderungsanträge der SPD-Fraktion aus den Haushaltsberatungen bereits in den Haushalt eingearbeitet worden seien und daher nicht gesondert abgestimmt würden.

Herr Prof. Reuter brachte für die CDU-Fraktion einen **Änderungsantrag zu Nr. 7** der Liste ein und begründete diesen anschließend:

„Für den Haushalt 2007 ist eine Einsparung von 78 T€ plus 50 T€ einzusetzen, so wie das Haushaltskonsolidierungskonzept der Verwaltung es vorsieht. Dabei steht nach wie vor die Privatisierung des Reinigungsdienstes durch Fluktuation im Vordergrund.“

In Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Neumann erklärte Herr Hoff die Herkunft dieser Zahlen.

Herr Neumann bat anschließend Herrn Stoffers um eine Aussage zur Machbarkeit, was von ihm bejaht wurde.

Der **Antrag der CDU-Fraktion zu Nr. 7** wurde bei 2 Gegenstimmen (LAW-Fraktion) **mehrheitlich angenommen**.

Herr Prof. Reuter brachte einen weiteren **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** ein. Dieser bezog sich auf **Nr. 21** der Liste und lautete wie folgt:

„Die ursprünglich angesetzten 50 T€ Einsparung im Bereich Soziales (Kostenreduzierung bei der Hilfe zur Pflege – Veberas-Liste Nr. 21) werden wieder vorgesehen.“

Frau Aljets verlied ihrer Befürchtung darüber Ausdruck, dass bei Einsparungen in diesem Bereich unnötige Nachbewilligungen zu erwarten seien. Im Anschluss daran legte sie die Gründe der steigenden Kosten bei der Hilfe zur Pflege dar.

Herr Prof. Reuter hielt dem entgegen, dass man in diesem Falle der Einschätzung der Verwaltung hinsichtlich der Machbarkeit dieser Einsparung vertraue.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass die Einsparbeträge nicht zutreffend seien. Mit der VEBERAS habe man sich auf Einsparungen in folgender Höhe verständigt: **2007 = 16 T€; 2008 = 32 T€ und 2009 = 32 T€**. Die anderen Beträge seien nicht richtig.

Zwischen Herrn Adam, Frau Mohr, Frau Aljets, Herrn Dr. von Teichman, Herrn Biehl und Herrn Ender wurde kurz ein Schreiben eines Pflegeheimleiters an die Ratsmitglieder diskutiert, der ebenfalls die geplanten Kürzungen im Bereich der Hilfe zur Pflege thematisiert hat.

Herr Stoffers erklärte abschließend, dass es bei der Hilfe zur Pflege um Beträge im Millionen-Bereich gehe und daher die hier geforderten Einsparungen ein vergleichsweise kleines Ziel darstellten.

Der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nr. 21 der Veberas-Liste** wurde wie folgt **korrigiert** und in der anschließenden Abstimmung **mehrheitlich angenommen**.
„Die ursprünglich angesetzten 16 T€ Einsparung im Bereich Soziales (Kostenreduzierung bei der Hilfe zur Pflege – Veberas-Liste Nr. 21) werden wieder vorgesehen.“

Zu **Nr. 37** der Veberas-Liste brachte Herr Prof. Reuter für die CDU-Fraktion folgenden **Änderungsantrag** ein:

„Die Eigenkapitalverzinsung bei den WEB-Entsorgungsbetrieben wird um 200 T€ verbessert.“

Die Frage von Herrn Neumann, ob sich dies auf die Gebühren auswirken werde, beantwortete Herr Dr. Graul dahingehend, dass diese zusätzliche Einsparung auf verschiedene Weisen erzielt werden könne, unter anderem auch durch Gebührenerhebungen. Bei dem beantragten Betrag könne vermutlich auf diese Art der Einnahmesteigerung verzichtet werden; dennoch wolle er betonen, dass diese Forderung für die finanzielle Situation des Betriebes nicht förderlich sei.

Herr Prof. Reuter zeigte sich skeptisch hinsichtlich dieser Haltung, da seitens der Verwaltung im Rahmen der Klausurberatungen ein noch höherer Einsparvorschlag vorgelegt worden sei. Die jetzige Zurückhaltung der Verwaltung könne er nicht nachvollziehen. Hinsichtlich der Erreichung der beantragten Einsparvorgabe seien auch andere Wege als die von Herrn Dr. Graul aufgezeigten denkbar, wobei es auf keinen Fall zu Gebührenerhöhungen kommen dürfe. Der Betrag solle eher als „Solidarbeitrag“ verstanden werden.

Herr Neumann signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion, sofern Gebührenerhöhungen ausgeschlossen würden.

Die Nachfrage seitens Herrn Gabriels, ob dieser Betrag zusätzlich zur bisherigen Eigenkapitalverzinsung an die Stadt anzusetzen sei, wurde von Herrn Prof. Reuter bejaht.

Der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nr. 37** der Veberas-Liste wurde bei 2 Enthaltungen (LAW-Fraktion) **einstimmig angenommen**.

Herr Prof. Reuter brachte für die CDU-Fraktion einen **Änderungsantrag zu Nr. 39** der Veberas-Liste ein:

„Die Konzessionsabgabe bei GEW wird um 100 T€ erhöht.“

Herr Prof. Reuter führte dazu aus, dass auch hier keine Gebührenerhöhungen gewollt sind; vielmehr werde vorgeschlagen, den repräsentativen Aufwand und das Sponsoring einzuschränken. Ferner wies er darauf hin, es handele sich hier um einen eher geringen Beitrag, wobei der Vorschlag der Verwaltung über dem hier beantragten gelegen habe.

Herr Neumann hielt dem entgegen, dass eine Erhöhung Konzessionsabgaben unweigerlich eine Gebührenerhöhung zur Folge hätte. So wie vorgeschlagen könne der Antrag nicht funktionieren.

Zwischen den Herren Prof. Reuter und Neumann wurden daraufhin kurz die Folgen einer Konzessionsabgabe diskutiert.

Herr Ender bat um abschließende Auskunft seitens der Verwaltung, ob die Erhebung einer Konzessionsabgabe zwangsläufig zu einer Gebührenerhöhung führt. Gleichzeitig schlug er vor, die Einsparungen aus den Investitionsausgaben zu erwirken.

Herr Hoff informierte, dass die Verwaltung ein Modellgutachten in Auftrag geben wolle und im Rahmen dieser Untersuchung solle auch ein Modell zur Verbesserung der Einnahmesituation erarbeitet werden.

Herr Biehl verdeutlichte die Intention des Antrages und zeigte sich zuversichtlich, dass im Aufsichtsrat der GEW die richtige Art der Einnahmebeschaffung gewählt werde.

Herr Dr. von Teichman wendete ein, dass das von Herrn Hoff erwähnte Gutachten mit der beantragten Konzessionsabgabe nicht in Verbindung zu bringen sei. Er schlage vor, dieses Wort aus dem Antrag zu streichen und eine andere Formulierung zu wählen.

Herr Prof. Reuter stimmte der Änderung des Antrages zu.

Herr Ender zeigte sich damit unter der Voraussetzung einverstanden, dass keine Gebührenerhöhungen vorgenommen werden.

Herr Adam wies darauf hin, dass der Rat in der Vergangenheit bereits eine Konzessionsabgabe abgelehnt habe. Aus diesem Grunde zeige sich seine Fraktion mit dem von Herrn Dr. von Teichman vorgebrachten Antrag einverstanden, halte dies dennoch für einen „Schauantrag“.

Herr Dr. von Teichman wies diese Behauptung zurück.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde dahingehend modifiziert, dass das **Wort „Konzessionsabgabe“ gestrichen** wird und die Einsparungen **ohne Gebührenerhebungen** erzielt werden.

Der modifizierte Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nr. 39 der Veberas-Liste wurde anschließend einstimmig angenommen.

Abschließend brachte Herr Prof. Reuter einen **Änderungsantrag für die CDU-Fraktion zu Nr. 52** der Liste ein:

„Durch die gemeinsame Leitstelle FRI-WHV und die Ausbildung für Dritte sind statt 20 T€ 70 T€ zu erbringen.“

In Beantwortung einer Nachfrage seitens Herrn Neumann erklärte Herr Dr. Graul, diese Einsparungen seien nach Beruhigung der Arbeitszeitsituation bei der Feuerwehr leistbar. Hierzu nannte er einige Beispiele.

Herr Neumann zeigte sich verwundert, dass im Haushaltssicherungskonzept ein Mehrbedarf bei der Feuerwehr eingesetzt worden sei.

Herr Prof. Reuter erklärte daraufhin die Zusammenhänge: Es seien im Bereich der Personalkosten etwa 200.000 € Mehrkosten zu erwarten; durch den Bereich „Ausbildung für Dritte“ können jedoch Mehreinnahmen erzielt werden.

Oberbürgermeister Menzel verdeutlichte, dass dies vor dem Hintergrund der derzeitigen Personalsituation bei der Feuerwehr ein anspruchsvolles Ziel darstelle. Mit der Aufstockung des Personals und der einnahmeträchtigen Ausbildung für Dritte zeige er sich jedoch optimistisch, diese Vorgabe erreichen zu können.

Herr Adam bat sicherzustellen, dass diese Einsparungen nicht zu Lasten der Sicherheit gingen und darüber hinaus die Stadt weiterhin die Federführung im Bereich der Ausbildung, besonders für die Schiffsbrandbekämpfung, behalte, um hier Einnahmen erzielen können.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nr. 52 der Veberas-Liste wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Frau Will nahm kurz Stellung zu Nr. 55 der Veberas-Liste, „Einrichtung einer Förderschule E“. Aufgrund der schlechten Schulsituation für die Beschulung von Kindern mit Beeinträchtigung in der emotionalen und sozialen Entwicklung habe Wilhelmshaven die Einrichtung einer „Förderschule E“ beim Land beantragt. Die Einrichtung weiterer Förderschulen werde jedoch von Seiten der Landesregierung nicht mehr unterstützt. Aus diesem Grunde werde ihre Fraktion stattdessen die angedachten Beratungsangebote, sowie diverse Projekte weiterhin aktiv unterstützen, um den Kindern mit Förderbedarf weiterzuhelfen.

Ziff. 2 Teilhaushalte nach Dezernaten inkl. neuer Zuschussanträge und Änderungslisten
--

→ **Dezernat I**

FB 02

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 13

Herr Prof. Reuter brachte für die CDU-Fraktion folgenden **Änderungsantrag** zur Änderungsliste (Stand: nach FWM) Nr. 4 ein:

„Für das Programm „Wir im Süden“ werden 24 T€ eingesetzt. 20 T€ sind durch Sponsoren einzuwerben.“

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen.

Herr Tjaden **beantragte** für die BASU-Fraktion (Antrag Nr. 18-07):

„Die Neubürgeragentur wird nicht weiter betrieben.“

Herr Neumann erklärte, seine Fraktion werde den Antrag ablehnen, da ein Abbruch während der noch bestehenden Testphase für nicht sinnvoll erachtet werde.

Herr Prof. Reuter signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion. Gleichzeitig **beantragte** er in Abänderung des Antrages der BASU, den **Modellversuch „Refina“**, der Bestandteil der Arbeit der Neubürgeragentur sei, auch nach Abschaffung **bestehen zu lassen**, da dieses Projekt bezuschusst werde.

Oberbürgermeister Menzel zeigte sich verwundert über die vorgelegten Statistiken, aus denen nach der erst kurzen Laufzeit dieser Einrichtung bereits hervorgehen solle, dass ein weiterer Betrieb nicht lohnenswert sei. Eine gewisse Anlaufphase müsse zugebilligt werden, ehe sich messbare Erfolge einstellten. Darüber hinaus zielten die möglichen Betreibermodelle der Neubürgeragentur auf einen dauerhaften Betrieb und so könnten derzeit keine abschließenden Aussagen getätigt werden. Ebenfalls dürfe nicht vergessen werden,

dass auch das Projekt „Refina“ als Erfolg der Neubürgeragentur zu werten sei, da das Projekt erst durch diese Einrichtung ins Leben gerufen worden sei. Zur Fortführung der Neubürgeragentur sei denkbar, diese nach Ablauf der Testphase in andere Modelle übergehen zu lassen und zu einer „Bürgeragentur“ auszubauen, in welche auch zusätzliche Aufgaben des jetzigen „Bürgeramtes“ übergingen. Er halte einen Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt für einen Schritt in die falsche Richtung. Um aussagekräftige Ergebnisse zu erhalten, sollte die Testphase um ein weiteres Jahr bis zum Herbst ausgedehnt werden.

Herr Dr. von Teichman erklärte, er halte den Versuch aufgrund der Ergebnisse der ersten Monate für fehlgeschlagen und daher könne seine Fraktion diese Einrichtung nicht weiter unterstützen. Nach Durchsicht der Statistiken könne nicht einmal ein Trend von verstärkten Zuzügen und damit ein Anfangserfolg erkannt werden. Um die Stadt für neue Einwohner attraktiver zu machen, seien vor allem Arbeitsplätze und eine gute Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Kultur notwendig. Hinsichtlich des Stadtmarketings halte er eine weitere Einrichtung ebenfalls für überflüssig, da für diese Aufgabe in der Stadt bereits Stellen wie die WTF und die WFG zuständig seien. Zusätzliche Mittel für den Betrieb einer Neubürgeragentur halte er für überflüssig.

Herr Tjaden zeigte sich erstaunt über die zunächst angesetzte einjährige Probephase, wenn selbst dieser Zeitraum nun nach Angaben des Oberbürgermeisters nicht mehr für eine Aussage über den Erfolg der Neubürgeragentur ausreiche. Weiterhin stellte er Diskrepanzen zwischen den Zahlen der Agentur und denen der Stadt heraus und untermauerte diese Aussage anhand eines Beispiels. Darüber hinaus stimme er den Aussagen von Herrn Dr. von Teichman zu, dass Zuzüge vorrangig mit dem Arbeitsplatzangebot verknüpft seien und nicht mit der Anwerbung durch eine Neubürgeragentur.

Oberbürgermeister Menzel appellierte, die geplante erste Zwischenbilanz über die Arbeit der Neubürgeragentur im April abzuwarten und erst dann eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Herr Biehl wendete ein, es müssten vielmehr Überlegungen angestrengt werden, die Stadt und besonders einzelne Stadtteile attraktiver zu machen. Diesen Bereich habe die Neubürgeragentur bislang nicht berücksichtigt.

Herr Neumann warf ein, die Lesart von Statistiken sei reine Auslegungssache und könne daher nicht als alleiniger Maßstab für den Erfolg eingesetzt werden. Außerdem könne von keiner Einrichtung erwartet werden, innerhalb eines halben Jahres bereits wirklich dauerhafte Ergebnisse zu erzielen. Er halte es für falsch, zu diesem Zeitpunkt bereits von einem Scheitern auszugehen.

Herr Weerda beantrage nach § 9 Abs. 1 Ziff. b) der Geschäftsordnung „Schluss der Debatte und Schließen der Rednerliste“.

Herr Schmidt erklärte, es würden die letzten Wortbeiträge seiner Rednerliste abgearbeitet, an deren Ende ohnehin die Abstimmung stünde.

Herr Dr. von Teichman betonte erneut, dass seines Erachtens die für das Stadtmarketing zuständigen städtischen Einrichtungen WTF und WFG, aber auch das Bürgeramt die Aufgaben der Neubürgeragentur ebenso gut erledigen könnten.

Oberbürgermeister Menzel stellte abschließend einige Beispiele für die erfolgreiche Arbeit der Neubürgeragentur dar. Nicht zuletzt hätten wirtschaftliche Einrichtungen der Stadt wie Banken und Bauvereine ihr Interesse an der Fortführung der Arbeit dieser Agentur bekundet, auch um sich mit Zuschüssen zu beteiligen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurden mit Einverständnis von Herrn Tjaden und Herrn Prof. Reuter **beide Anträge in einen gemeinsamen überführt:**

„Die Neubürgeragentur wird nicht weiter betrieben; der Modellversuch „Refina“ bleibt bestehen.“

Der Antrag wurde bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel mehrheitlich angenommen.

FB 14

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

RNK

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Stadtwerke Holding

Herr Prof. Reuter brachte einen weiteren **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nr. 7 der Änderungsliste** (Stand: nach FWM) ein:

„Die eingesetzten Mittel in Höhe von 25 T€ für ein Gutachten zur Sicherstellung der Abführungsbeträge GEW werden gestrichen.“

Herr Hoff warf die Frage auf, ob dann trotzdem an der Einnahmeverbesserung der GEW weiter gearbeitet werden dürfe.

Oberbürgermeister Menzel führte aus, dass mit der Streichung der Mittel ein Modell verhindert werde, das eine weitere Verbesserung der Einnahmen aus dem Bereich der GEW bedeutet hätte.

Herr Prof. Reuter erklärte, dass nicht die Mittel für beide Gutachten zur Umgestaltung der Holding gestrichen werden sollen, sondern lediglich die im Antrag genannten 25 T€ für das „kleinere“ Gutachten. Seines Erachtens könne die dort angestrebte Prüfung im Rahmen des anderen Gutachtens mit erledigt werden.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu Nr. 7 der Änderungsliste wurde bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel mehrheitlich angenommen.

WFG

Auf den Hinweis seitens Herrn Prof. Reuter, dass hier ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vorliege, erklärte Herr Neumann, dass dieser Antrag aufgrund der Ablehnung des Wirtschaftsplanes als gegenstandslos zu betrachten sei.

WTF-S

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

→ **Dezernat II**

FB 10

Herr Tjaden brachte den Antrag der BASU-Fraktion Nr. 19-07 ein:

„Der Rat mögen beschließen

Auszubildende

Die Stadt Wilhelmshaven stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt 45 Auszubildende, verteilt über die möglichen Ausbildungsberufe ein.“

Herr Schmidt wies hier auf die im Finanzausschuss gefassten Beschlüsse hin. Demnach sei der von der BASU-Fraktion eingebrachte Antrag einstimmig abgelehnt worden. Gleichzeitig habe die **SPD-Fraktion** einen **Änderungsantrag** eingebracht, der wie folgt lautete: **„Die Verwaltung wird verstärkt, wo es möglich ist, Ausbildungsplätze im gewerblich-handwerklichen Bereich zur Verfügung stellen.“** Dieser Antrag sei einstimmig angenommen worden.

Der in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus gefasste Beschluss über den **Antrag der SPD-Fraktion wurde unverändert durch den Rat übernommen.**

FB 30

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 50

Herr Tholen brachte einen **Antrag der LAW-Fraktion** ein:

„Der Rat möge beschließen:

In den Haushalt 2007 werden 5000 € eingestellt für die Arbeit eines Sachbearbeiters, der die Wiedereinführung eines Sozialpasses vorbereiten soll.“

Zwischen Frau Aljets und den Herren Tholen, Schmidt, Janssen und Dr. von Teichman wurden kurz die Vor- und Nachteile eines Sozialpasses diskutiert.

Der **Antrag der LAW-Fraktion** wurde anschließend bei 3 Ja-Stimmen (LAW-Fraktion und Herr Tjaden) und Gegenstimmen des übrigen Rates **mehrheitlich abgelehnt.**

Ein weiterer **Antrag der LAW-Fraktion**, eingebracht von Herrn Tholen, lautete:

„Der Rat möge beschließen:

In den Haushalt 2007 werden 5000 € zur Unterstützung der Arbeit der Arbeitsloseninitiative (Ali) Wilhelmshaven/Friesland eingestellt.“

Der **Antrag der LAW-Fraktion** wurde bei 4 Ja-Stimmen (LAW-Fraktion und BASU-Fraktion), 1 Enthaltung und Gegenstimmen des übrigen Rates **mehrheitlich abgelehnt.**

Herr Tholen **beantragte** weiterhin für die LAW-Fraktion:

„Der Rat möge beschließen:

In den Haushalt 2007 werden 4000 Euro“ Begrüßungsgeld“ eingestellt.

Dieses Geld soll dazu dienen, den Eltern jeden in Wilhelmshaven geborenen Kindes einen Betrag von 50 € als so genanntes Begrüßungsgeld zu überweisen.“

Nachdem Frau Aljets die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisiert hatte, wurde zwischen Frau Aljets, Frau Will und Herrn Prof. Reuter abschließend die Frage geklärt, wie der Empfängerkreis zu ermitteln sei.

Der **Antrag der LAW-Fraktion** wurde bei 21 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, BASU-Fraktion und LAW-Fraktion) und 24 Gegenstimmen der übrigen Ratsvertreter **mehrheitlich abgelehnt**.

Herr Tholen brachte abschließend einen vierten **Antrag der LAW-Fraktion** ein:

„Der Rat möge beschließen:

In den Haushalt 2007 werden 130 000 € eingestellt, um für die ca. 28% armer Kinder dieser Stadt eine einmalige Zahlung von 50 € zu Weihnachten 2007 zu ermöglichen.“

An der folgenden Diskussion beteiligten sich einerseits neben den Herren Janssen und Tholen Frau Gastmann und Frau Aljets, die dem Antrag zustimmten. Sie zeigten sich optimistisch, dass die Zuwendung tatsächlich die bedürftigen Kinder erreicht und stellten die positiven Auswirkungen für die Kinder heraus.

Dem gegenüber waren die Herren Dr. Schadewaldt, Dr. von Teichman und Weerda sowie Frau Bauermeister der Auffassung, der Antrag sei nicht ausreichend präzise formuliert und ziehe in der Umsetzung einen zu hohen Verwaltungsaufwand nach sich. Darüber hinaus fehlte ihnen die Sicherheit, dass das Geld an die Kinder und nicht an deren Eltern gelangt.

Der **Antrag der LAW-Fraktion** wurde bei 21 Ja-Stimmen (SPD-Fraktion, BASU-Fraktion und LAW-Fraktion) und 24 Gegenstimmen der übrigen Ratsvertreter **mehrheitlich abgelehnt**.

FB 51

Herr Prof. Reuter brachte für die CDU-Fraktion einen **Änderungsantrag zu Nr. 12 der Änderungsliste** (Stand: Nach FWM) ein:

„Die Ausweitung der Schulsozialarbeit um 2 Stellen (Kosten: 96 T€ in 2007) ist wieder aufzuheben.“

Frau Gastmann appellierte, die beiden Stellen nicht zu streichen und unterstrich die hohe Bedeutung der Arbeit in diesem Bereich der Verknüpfung von Schule und Sozialarbeit – nur so sei es möglich, Kinder auch außerhalb der regulären Schulzeiten und außerhalb des Elternhauses zu betreuen. Denkbar sei weiter, die beiden Stellen auf 4 Stellen aufzuteilen, um so noch mehr Schulen mit diesem Angebot versehen zu können. Sie zeige sich betroffen, dass dieser Schritt nach Zustimmung durch Jugendhilfeausschuss und Finanzausschuss überhaupt in Erwägung gezogen werde.

Auf Bitten von Herrn Biehl wurde die **Sitzung für eine kurze Beratung der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen von 18.10 Uhr bis 18.20 Uhr unterbrochen**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte Herr Prof. Reuter, der **Änderungsantrag zu Nr. 12 der Änderungsliste werde zurückgezogen**. Gleichzeitig bitte er die SPD-Fraktion, einen Deckungsvorschlag vorzulegen.

Herr Barkowsky bat um Auskunft zum Projekt „Schutzengel“, für das im Rahmen des Finanzausschusses ebenfalls Mittel bewilligt worden seien.

Herr Prof. Reuter informierte kurz, dass es sich hier um einen Beitrag zur Erhöhung der Kriminalprävention handele und verwies für weitere Auskünfte an Frau Biester.

Frau Biester erläuterte daraufhin das Konzept dieses Projektes, bei dem es darum gehe, dass junge Leute dazu ausgebildet würden, in Discotheken alkoholisierte Personen vom Autofahren abzuhalten.

Herr Tjaden bezog sich auf den **Antrag Nr. 15-07 der BASU-Fraktion** (*„Der Personalbestand des Jugendamtes wird um zwei weitere Mitarbeiter/innen im Bereich Hilfen zur Erziehung ergänzt. Die Stellen werden auf 1 Jahr (bzw. zwei Jahre bei Doppelhaushalt) befristet. Rechtzeitig vor Ablauf der befristeten Arbeitsverträge werden vom Jugendamt die aktuellen Daten über die „Betreuungsfälle“ im Jugendbereich statistisch ausgewertet. Sollten die vorgelegten Daten ergeben, dass sich durch den Einsatz zusätzlicher Fachkräfte die Zahl der Betreuungsfälle positiv entwickelt haben, werden diese Stellen auf Dauer geschaffen.“*) und erklärte, er werde diesen **Antrag zurückziehen**.

Dies geschehe aus dem Grund, weil mit der bewilligten Ausweitung der Schulsozialarbeit um zwei Stellen bereits das von ihm gewollte erreicht worden sei.

Herr Tjaden brachte im Anschluss den **Antrag Nr. 16-07 der BASU-Fraktion** ein:

„Die Stadt Wilhelmshaven stellt insgesamt 50.000 Euro für die Entwicklung eines Mehrgenerationenhauses in Wilhelmshaven zur Verfügung. Die Gelder werden, zweckgebunden auf 5 Jahre verteilt, einem privaten Träger, der in Wilhelmshaven ein Mehrgenerationenhaus betreiben wird, zur Verfügung gestellt. Bei den zur Verfügung gestellten Mittel kann es sich je nach Möglichkeit und Bedarf um direkte finanzielle oder auch materielle Unterstützung, wie kostenlose Gebäudenutzung handeln.“

Der **Antrag der BASU-Fraktion Nr. 16-07** wurde (bei Nicht-Beteiligung von Frau Aljets wegen Befangenheit) bei 4 Gegenstimmen (BASU-Fraktion, LAW-Fraktion) und Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder **mehrheitlich abgelehnt**.

Bevor der nächste Punkt im Ablaufplan behandelt wurde, informierte Herr Schmidt kurz über den aktuellen Sachstand bei den Airbus-Werken: Es sei nunmehr entschieden, dass insgesamt 10.000 Arbeitsplätze gestrichen werden, davon 3.700 Stellen in der Bundesrepublik Deutschland. Es sollen jedoch keine Kündigungen erfolgen, sondern freiwillige Maßnahmen bevorzugt werden. Besonders betroffen seien drei deutsche Werke; darunter Nordenham und Varel. Nordenham werde künftig mit Partnern betrieben; das Werk in Varel werde verkauft, was niedrigere Bezahlung und schlechtere Arbeitsbedingungen zur Folge haben werde. Die Mitarbeiter in den drei betroffenen Werken hätten zwischenzeitlich die Arbeit niedergelegt.

FB 53

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

→ Dezernat III**FB 61**

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 63

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 84

Herr Tjaden trug den **Antrag Nr. 25-07 der BASU-Fraktion** vor:

„- Im Bereich Rüstersieler Hafen werden die Baumaßnahmen neue Spundwand und Hafenausbaggerung durchgeführt.

- Die landseitigen Maßnahmen (Wegenetz usw.) werden nicht durchgeführt.

- Die Baumaßnahmen werden über/von der zuständigen GGS ausgeführt.“

Herr Gabriels nahm Stellung zu Vorgeschichte und derzeitigem Sachstand zur Finanzierung der Sanierung des Rüstersieler Hafens. Er appelliere, nach den zwischenzeitlich erfolgten Finanzierungszusagen nun das komplette Paket der Hafeninstandsetzung und –modernisierung zum Wohle des Ortes zu unterstützen und dem Antrag nicht zuzustimmen.

Herr Felbier signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion und der übrigen Mitglieder der Kooperation zu diesem Antrag. Auch wenn diese Entscheidung unpopulär erscheine, werde vorerst nur der Sanierung des Hafenbeckens zugestimmt. Die derzeitige Haushaltssituation lasse nun einmal die Durchführung aller Maßnahmen nicht zu. Sobald ein entsprechender Finanzierungsvorschlag vorliege, könnten auch die übrigen Schritte eingeleitet werden.

Herr Gabriels wies darauf hin, dass die Investitionen für die Maßnahmen gegen die Verschlammung und für die Sanierung der Spundwand im Investitionsplan erst ab 2008 vorgesehen seien und daher den Haushalt 2007 noch gar nicht belasteten. Er verließ im weiteren seiner Enttäuschung über diese Einstellung Ausdruck.

Herr Adam verurteilte das Verhalten von Herrn Felbier, der zunächst in der Presse die Bemühungen des Landtagsabgeordneten um die Zuschüsse zum Touristischen Konzept gelobt und die Unterstützung seiner Fraktion zugesichert habe, um dann in dieser Ratssitzung die Maßnahmen letztendlich abzulehnen.

Herr Prof. Reuter hielt dem entgegen, dass zu dem Zeitpunkt der Aussagen in der Presse die finanziellen Probleme in ihrem genauen Umfang noch gar nicht bekannt waren. Zudem fehle es an umsetzbaren Deckungsvorschlägen. Nun müsse versucht werden, die Fehlbedarfe in einem erträglichen Rahmen zu halten und dazu gehörten bedauerlicherweise auch unpopuläre Entscheidungen wie in diesem Fall.

Herr Dr. Schadewaldt bat zu beachten, dass es sich hier zum einen um ein Eingeständnis an die derzeitige Haushaltssituation handele und zum anderen das entscheidende Kernstück, nämlich die Sanierung des Hafens, dennoch durchgeführt werde. Es lasse sich jedoch nicht von der Hand weisen, dass die Finanzierung weiterer Maßnahmen aus dem städtischen Haushalt trotz Zuschüssen nicht möglich sei.

Herr Felbier wies zunächst die Vorwürfe von Herrn Adam zurück. Da die Mittel derzeit nun einmal nicht ausreichten, habe man sich für diese Möglichkeit entschieden. Abschließend stellte er fest, dass bei dem Stellenwert, dem die SPD-Fraktion diesem Projekt gerade zumesse, entsprechende Maßnahmen bereits viel früher hätten angangen werden können.

Der Antrag der BASU-Fraktion Nr. 25-07 wurde bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und von Oberbürgermeister Menzel mehrheitlich angenommen.

→ **Anmerkung zu Protokoll:** Für die Durchführung der Maßnahmen ist nicht, wie im Antrag beschrieben, die GGS (Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude in Wilhelmshaven“) sondern der Eigenbetrieb SGW („Straße und Grün in Wilhelmshaven“) zuständig.

→ **Dezernat IV**

FB 32

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 36

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 37

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 40

Frau Will brachte einen **Änderungsantrag der SPD-Fraktion** zum Thema „Erhalt der Schule Allerstraße“ ein:

„Die Verwaltung erarbeitet entscheidungsreife Vorschläge zum Erhalt der Grundschule Allerstraße und der Einrichtung eines Stadtteiltreffs und eine Kindertagesstätte mit Hort und Krippe.

Die Landesregierung wird aufgefordert, der Schule eine entsprechende Anzahl an Lehrkräften zur Verfügung zu stellen.“

Herr Biehl mahnte, zunächst die Ergebnisse der entsprechenden Arbeitsgruppen des Schulausschusses, die ein solches Konzept erstellen sollen, abzuwarten. Eine Zustimmung an dieser Stelle halte er daher für verfrüht.

Herr Tjaden räumte ein, er halte den Antrag ansich für durchaus sinnvoll, dennoch wolle er auch darauf hinweisen, dass bereits ein Konzept vorliegen könnte, wäre bereits zu einem früheren Zeitpunkt gehandelt worden. Darüber hinaus halte er es für unablässig, dass nicht nur vereinzelt Schulen genauer betrachtet würden, sondern dass ein Gesamtkonzept für alle Schulen im Stadtgebiet erarbeitet werden müssen.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt.

In Beantwortung einer Nachfrage seitens Herrn Prof. Reuter erklärte Herr Hoff nach kurzer Diskussion, dass nach Ablehnung des Antrages der SPD-Fraktion auch die Mittel in Höhe von 700.000,- €, die für die Schule Allerstraße zur Unterhaltung der

Grundstücke und baulichen Anlagen nach der Finanzausschusssitzung zunächst eingestellt wurden (Ziff. 20), aus der Änderungsliste wieder zu streichen seien.

Herr Prof. Reuter bezog sich auf Nachfrage von Herrn Adam auf den bereits im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus eingebrachten Änderungsantrag seiner Fraktion zum Thema „Außerschulischer Lernort“:

„Für Zwecke besonderer pädagogischer Maßnahmen (außerschulischer Lernort) stellt die Stadt 46.500,- € zur Verfügung.“

Dieser Antrag sei dort einstimmig angenommen und bereits in den Haushalt eingearbeitet worden, so dass eine weitere Abstimmung im Rat entfalle.

Herr Möhle **beantragte** für die Kooperation der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die **Ziff. 24 und 25 der Änderungsliste (Stand: nach FWM) „Vereinszuschüsse für Integration“ ersatzlos zu streichen** und begründete dies anschließend mit dem Fehlen eines Konzeptes für die Vergaben der Zuschüsse.

Herr Tjaden ergänzte, es gehe hier um eine Summe in Höhe von 50.000 €, deren Freigabe einzeln durch den Sportausschuss bewilligt werden solle. Mit diesem Projekt solle die Jugendarbeit der Vereine gefördert werden, indem die Vereine entsprechende Anträge stellen können, die dann durch den Sportausschuss beschieden würden. Er halte diese Maßnahme für sinnvoll und appelliere, die Summe im Haushalt zu belassen.

Zwischen den Herren Barkowsky, Möhle, Prof. Reuter, Neumann, Dr. von Teichman, Oberbürgermeister Menzel und Frau Gastmann wurden Machbarkeit und damit Finanzierbarkeit dieses Vorhabens kontrovers diskutiert.

Der Änderungsantrag der Kooperation der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die Ziff. 24 und 25 der Änderungsliste (Stand: nach FWM) „Vereinszuschüsse für Integration“ ersatzlos zu streichen wurde bei 22 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) und 23 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, Oberbürgermeister Menzel, BASU-Fraktion, LAW-Fraktion und Herrn Müller-NPD-) mehrheitlich abgelehnt.

Herr Langen brachte einen weiteren **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** ein und begründete diesen anschließend:

„Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Schülerbeförderung der 3. und 4. Klasse für die GTS Rüstertal wird ab April 2007 wieder durch Busse eines privaten Betreibers und nicht mehr vom ÖPNV durchgeführt.“

Herr Adam erklärte, die jetzige Regelung sei in enger Abstimmung mit der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft entstanden und dort seien bislang keine Beschwerden bekannt. Es werde darüber hinaus kein gesonderter Pendelbus eingesetzt, sondern ein normaler Linienbus. Er gebe auch zu bedenken, dass bei Annahme des Antrages die Schüler keine Schülerfahrkarte mehr erhielten was zur Folge hätte, dass jede Fahrt mit dem üblichen Fahrpreis bezahlt werden müsse. Außerdem würden diese Fahrkarten vom Land bezuschusst, welcher bei Annahme ebenfalls entfielen. Herr Adam zeigte sich verwundert, dass die Aufsichtsratsmitglieder des Rates vorher nicht das Gespräch mit den Stadtwerken gesucht haben.

Herr Langen hielt dem entgegen, der Antrag beruhe zum einen auf einem von der Verwaltung herausgegebenen Zahlenwerk und zum anderen auf einem Wunsch von Schul- und Stadtelterrat. Es sei aufgrund dieses Beförderungsproblems außerdem bereits zu ersten Abmeldungen von der Schule gekommen. Er selbst habe sich vor Ort von der Problematik überzeugen können. Mit dem Antrag solle im Übrigen keinem geschadet, sondern der schwierigen Situation abgeholfen werden.

Oberbürgermeister Menzel verlieh seinem Befremden gegenüber diesem Vorgehen Ausdruck. Seiner Meinung nach sei hier an der Verwaltung vorbei gearbeitet worden und darüber hinaus bedeute dieser Antrag in der Folge einen unnötigen Mehraufwand.

Herr Dr. Graul nahm daraufhin Stellung zur derzeitigen Situation bei der Schülerbeförderung für die GTS Rüstersiel.

Herr Adam zeigte anschließend die Unterschiede zwischen der Beförderung von einem privaten Unternehmen und von den Stadtwerken auf. Er bedauere, dass mit den Stadtwerken im Vorfeld kein Kontakt aufgenommen wurde.

Nachdem die Herren Felbier und Langen nochmals die Gründe aufzeigten, die zu diesem Antrag geführt haben, forderte Herr Dr. Schadewaldt zu einer interfraktionellen Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit auf, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. In der derzeitigen Form halte er es für nicht möglich, den Antrag zu einer Abstimmung zu bringen.

Herr Ender stimmte den Ausführungen von Herrn Dr. Schadewaldt zu. Auch er sei verwundert, dass die Problematik nicht im Vorfeld dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde. Er stelle daher den **Antrag, die Angelegenheit an Stadtwerke abzugeben, um zunächst dort darüber zu beraten.**

Herr Adam stimmte dem Vorschlag von Herrn Ender zu. Er halte es für sinnvoll, dass von dort eine Empfehlung an den Rat vorbereitet werde.

Herr Weerda zeigte sich ebenfalls mit diesem Vorgehen einverstanden.

Der Antrag, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Thema „Schülerbeförderung der 3. und 4. Klasse der GTS Rüstersiel“ zur Vorberatung an die Stadtwerke zu übergeben, wurde einstimmig angenommen.

Herr Ender brachte den **Antrag Nr. 21-07 der BASU-Fraktion** ein:

„Die ÖPNV-Fahrkarten der Wilhelmshavener Schüler behalten ihre Gültigkeit auch in den Ferienzeiten.“

Herr Weerda wie auch Herr Dr. von Teichman sprachen sich übereinstimmend gegen diesen Antrag aus. Es bestünde während der Ferien diverse andere Möglichkeiten sich innerhalb des Stadtgebietes zu bewegen.

Der **Antrag Nr. 21-07 der BASU-Fraktion** wurde bei 2 Ja-Stimmen (BASU-Fraktion) und den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder **mehrheitlich abgelehnt.**

→ Dezernat V**FB 17/23**

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

FB 20

Herr Tjaden brachte für die **BASU-Fraktion** folgenden **Änderungsantrag** (Nr. 26-07) ein und begründete diesen anschließend:

„Die für die Jahre 2007 bis 2010 vorgesehenen Mittel unter dem Produkt 57.10.05 eingestellten Mittel werden auf die Jahre ab 2011 verschoben.“

Der Antrag der BASU-Fraktion (Nr. 26-07) wurde bei 4 Ja-Stimmen (BASU-Fraktion; LAW-Fraktion) und den Gegenstimmen der übrigen Ratsmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Ziff. 3 Stellenplanveränderungen 2007

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Ziff. 4 Investitionsprogramm 2007 – 2010

Herr Tjaden informierte, dass die vorliegenden Anträge der BASU-Fraktion **Nr. 22-07** (Südzentrale) sowie **Nummern 23 und 24-07** (Mittel im Zusammenhang mit dem JadeWeserPort) zurückgezogen würden.

Herr Dr. von Teichman beantragte für die Kooperation der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, im Bereich des Teilhaushaltes 20 die Ziffern 57.10.02 – JadeWeserPort – und 57.10.04 – Chemiepark – mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Oberbürgermeister Menzel machte darauf aufmerksam, dass damit auch die vertraglich gebundenen Leistungen für den Hafen betroffen würden, die jedoch ausgezahlt werden müssten.

Herr Adam mahnte, die Auswirkungen auf die Öffentlichkeit, besonders bei der Landesregierung, zu beachten.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, es gehe nicht um eine Ablehnung des Projektes JadeWeserPortes; dies sei vielmehr die logische Konsequenz aus der erfolgten Ablehnung des Wirtschaftsplanes der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Die Kooperation wolle mit dem Sperrvermerk eine detaillierte Aufschlüsselung der einzelnen Positionen erwirken. Einen Schaden für den JadeWeserPort sehe er hier nicht.

Oberbürgermeister Menzel verdeutlichte anhand verschiedener Beispiele die Aufteilung und die Bedeutung der Mittel für den Hafenbau.

Herr Weerda beantragte daraufhin, die Sitzung für eine Beratung der Kooperation zu unterbrechen.

Die Sitzung wurde von 20.10 Uhr bis 20.30 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte Herr Dr. von Teichman, man werde **auf den Sperrvermerk verzichten**, erwarte jedoch in der nächsten Ratssitzung einen vollständigen Haushalt der WFG.

Herr Prof. Reuter verdeutlichte abschließend noch einmal ausführlich die Intention der Kooperation. Die Kooperation wolle nicht die Vorbereitungen für den JadeWeserPort unterbinden, vielmehr gehe es um Transparenz und daher werde ein detaillierter Wirtschaftsplan der WFG zur nächsten Ratssitzung gefordert.

Ziff. 5 Übersichten

Es lagen keine Wortmeldungen oder Anträge vor.

Haushaltssicherungskonzept

Herr Hoff nahm Stellung zur derzeitigen Situation des Haushaltes und begründete die Erfordernis eines Haushaltssicherungskonzeptes: Das Defizit für 2007 habe zwischenzeitlich von 4,1 auf 2,4 Mio. € reduziert werden können; für die Jahre 2008 und 2009 blieben die Defizite unverändert und in 2010 sei das Defizit um 100.000 € verringert. Damit belaufe sich das Gesamtdefizit mit 36,5 Mio. € zwar auf weniger als die zunächst errechneten 38,1 Mio. €, dennoch sei nunmehr ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich, welches zur heutigen Sitzung vorgelegt worden sei. Der Haushalt in seiner derzeitigen Form mit den heute erfolgten Beschlüssen erfülle jedoch nicht die Voraussetzungen der Genehmigungsfähigkeit. In diesem Zusammenhang weise er auf einen im Juni vergangenen Jahres gefassten Beitrittsbeschluss zu einer Genehmigungsverfügung des Innenministeriums hin, mit dem sich die Stadt unter anderem zur Vorlage eines Sicherungskonzeptes verpflichtet habe. Zwar zeige sich das Defizit für das Haushaltsjahr 2007 im Vergleich eher gering, dennoch halte er die Zahlen über die gesamte Laufzeit für unakzeptabel. Im Folgenden ging Herr Hoff kurz auf die im Sicherungskonzept genannten Zahlen und deren Anpassung an die heutigen Beschlüsse ein. Demnach blieben drei Punkte offen: Zum einen die Eigenkapitalverzinsung der WEB, zum anderen die Steuererhöhungen im Bereich Grund- und Gewerbesteuer.

Die mittelfristige Finanzplanung zeige über die gesamte Laufzeit keine „schwarzen Zahlen“, so dass dem Land gegenüber auch kein Ausgleich der Verlustvorträge aus den Vorjahren aufgezeigt werden könne. Nach dem derzeitigen Stand benötige die Stadt zu deren Ausgleich weitere zehn Jahre. Ein derartiges Zahlenwerk könne die Kommunalaufsicht nicht akzeptieren.

Herr Prof. Reuter hielt dem entgegen, dass von Seiten der Kooperation in der heutigen Sitzung sehr wohl an vielen Stellen versucht worden sei, dem entgegenzuwirken. Hier müsse sich die Verwaltung vorwerfen lassen, nicht sauber genug gearbeitet zu haben, wenn es dort mit dem Haushaltsentwurf nicht gelinge, die Verluste in den Folgejahren zu verringern. Den Versuch, das Defizit über Steuererhöhungen abzubauen, halte er für unpassend.

Herr Neumann verlieh seinem Unverständnis gegenüber den Äußerungen von Herrn Prof. Reuter Ausdruck. Gleichzeitig bat er um interfraktionelle Verständigung zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzeptes.

Herr Dr. von Teichman erklärte, die Kooperation werde vorbehaltlich der sogleich folgenden internen Beratungen die geplanten Steuererhöhungen nicht mittragen. Hier weise er nochmals auf die seitens seiner Fraktion seit mehreren Jahren propagierten ppp-Modelle und den Verkauf städtischer Liegenschaften zum Ausgleich des Haushaltes hin.

Die Sitzung wurde von 20.45 Uhr bis 20.50 Uhr für fraktionsinterne Besprechungen unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erklärte Herr Neumann, seine Fraktion werde die Steuererhöhungen nicht befürworten. Auch den insgesamt nicht genehmigungsfähigen Haushalt könne seine Fraktion nicht mittragen. Er wolle jedoch den übrigen Fraktionen anbieten, gemeinsam ein genehmigungsfähiges Zahlenwerk zu erarbeiten.

Herr Prof. Reuter zeigte sich mit dem Ergebnis weiterhin unzufrieden. Für 2007 sehe er die Einsparmöglichkeiten für ausgeschöpft, wobei die von der Verwaltung vorgestellte Ausgangslage von vornherein nicht befriedigend gewesen sei. Seine Fraktion werde zwar dem Haushalt für 2007 zustimmen, erwarte jedoch weitere Vorschläge seitens der Verwaltung, gegebenenfalls im Rahmen einer weiteren Ratssitzung. Eine Steuererhöhung komme jedoch nicht in Frage. Abschließend signalisierte auch er Gesprächsbereitschaft für weitere Absprachen.

Das Haushaltssicherungskonzept wurde im Bereich Eigenkapitalverzinsung WEB und Steuererhöhung für Grund- und Gewerbesteuer bei einer Ja-Stimme (Oberbürgermeister Menzel) mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 einschließlich des Haushaltsplanes (unter Berücksichtigung der Änderungen) sowie der Haushaltsvermerke und der Anlagen zum Haushaltsplan (insbesondere Haushaltssicherungskonzept und Investitionsprogramm 2006 – 2010). Die Finanzplanung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

5.5.7 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2008 für kostenrechnende Einrichtungen

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.02.2007 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2008 auf 5,5 % (bisher 6,0 %) fest.

5.6 Ausschuss für Planen und Bauen

5.6.1 Bebauungsplan Nr. 94C/4 Gewerbegebiet Niedersachsendamm / Friesendamm / Flutstraße, Aufstellungsbeschluss

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

5.6.2 Bebauungsplan Nr. 75 Rüstersiel - Alte Gärtnerei, Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.02.2007 vor.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Gabriels begrüßte diesen Beschlussvorschlag, bat aber gleichzeitig, den hier vorliegenden Bauteppich einzuhalten und die Bebauung nicht ausufern zu lassen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 75 Rüstersiel - Alte Gärtnerei – im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gem. Vorlage. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen.

5.6.3 Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zum Entwurf der Gesamtnovellierung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) des Landes Niedersachsen

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 13.02.2007 vor.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Herr Schmidt nahm kurz Stellung zur Bedeutung des Landesraumordnungsprogrammes. In diesem Zusammenhang wolle er zunächst dem zuständigen Dezernenten, Herrn Kottek, sowie der Bauverwaltung für die gute Vorarbeit danken. Mit Hilfe dieses Programms werde nicht nur Planungssicherheit für die geplanten Ansiedlungen in Wilhelmshaven geschaffen, es bewirke darüber hinaus viele weitere positive Aspekte für die Stadt. Er halte es damit für einen wichtigen und guten Schritt in die richtige Richtung zur Stärkung der Region.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Stellungnahme der Stadt Wilhelmshaven zum Entwurf der Gesamtnovellierung des Landesraumordnungsprogramms (LROP) des Landes Niedersachsen.

5.7 Schulausschuss

5.7.1 Satzung über die Festlegung von Schulbezirken und das Aufnahmeverfahren für die Gymnasien in Wilhelmshaven

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 01.02.2007 vor.

Die Satzung ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Satzung der Stadt Wilhelmshaven über die Festlegung von Schulbezirken und das Aufnahmeverfahren für die Gymnasien in Wilhelmshaven wird zugestimmt.

5.8 Werksausschuss Krankenhaus (Ratsfrau Aljets)

5.8.1 Jahresabschluss 2005 des RNK-Eigenbetriebes, Entlastung der Werkleitung, Verwendung des Betriebsergebnisses

Frau Aljets trug den Beschlussvorschlag des Werksausschusses Krankenhaus vom 28.11.2006 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2005 wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von **719.654,49 Euro** festgestellt.
2. Es wird beschlossen, den sich hieraus ergebenden Bilanzverlust 2005 in Höhe von **939.519,26 Euro** auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Der Werkleitung wird Entlastung erteilt.

B. Einwohnerfragestunde

*Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)*

Herr Bothe als Delegierter der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland e.V. bat um Auskunft zu folgender Frage:

„Hiermit stellen wir im Namen der Unterzeichnenden die offizielle Bürgeranfrage bezüglich des durch die Stadt Wilhelmshaven ergangenen Baustopps gegen die Firma NOEX AG, Dürener Str. 11, 42697 Solingen, Standort in Wilhelmshaven, ehem. Fahrbereitschaft Ebkeriege. Die Unterzeichnenden versichern ein berechtigtes Interesse, da sie durch die Agentur für Arbeit sowie das Job-Center Wilhelmshaven hierdurch informiert wurden und ihnen eine eventuelle Arbeitsaufnahme in Aussicht gestellt wurde.

Wir möchten Sie daher im Namen der Unterzeichnenden sowie der restlichen Öffentlichkeit um eine sachliche Aufklärung bezüglich des verhängten Baustopps bitten.“

Herr Kottek beantwortete die Frage dahingehend, dass die Stadt Wilhelmshaven keinen Baustopp verhängt habe und dort über eine solche Maßnahme nichts bekannt sei. Auch habe weder im Job-Center die für diese Aussage zuständige Person ermittelt, noch von Seiten des Gewerbeaufsichtsamtes, das für die zum Betrieb erforderlichen Genehmigungen zuständig ist, diese Information bestätigt werden können. Die Eröffnung des Betriebes sei für Juni 2007 vorgesehen.

*Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)*

Fragen zur Ratssitzung lagen nicht vor.

Die Einwohnerfragestunde wurde daraufhin geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin